

<b>Projekttitle</b>	<b>„Integration“ und „Differenz“ in der Umsetzung „besonderer Massnahmen“ in der Volksschule des Kantons Bern</b>
<b>Projektleitung</b>	Carla Jana Svaton PHBern Institut für Forschung, Entwicklung und Evaluation Fabrikstrasse 2a CH-3012 Bern Telefon +41 31 309 22 75 E-Mail carla.svaton@phbern.ch
<b>Projektteam</b>	–
<b>Abstract</b>	<p>Mit der Revision von Artikel 17 (VSG), dem sogenannten „Integrationsartikel“ des Berner Volksschulgesetzes, wurde eine Reform eingeleitet, welche eine integrative Volksschule etablieren sollte. Dazu wurden mit der Verordnung über die besonderen Massnahmen (BMV) Steuerungsimpulse geliefert, welche Ressourcen vermehrt zu Gunsten eines neu vermehrt integrativ statt separativ konzipierten Spezialunterrichts verlagern sollen, während gleichzeitig die Mittel zur Führung von besonderen Klassen eingeschränkt wurden. Als anthropologische Governance-Analyse richtete das Forschungsprojekt seinen Blick auf die Umsetzung dieser Schulreform: Welche programmatischen Widersprüchlichkeiten und strukturellen Widerstände zeigen sich im praktischen Vollzug dieser Reform? Zur Beantwortung der Fragestellungen wurde auf die Verbindungsstellen zwischen bildungspolitischen Vorgaben, administrativen Steuerungsinstrumenten und praktischem Vollzug fokussiert: Mittels teilnehmender Beobachtung an schulischen Steuerungssitzungen wurden die Interaktionen zwischen kantonalen und kommunalen Akteuren in zwei Gemeinden im Kanton Bern untersucht und beschrieben. Die Aushandlungsprozesse wurden mit einem praxeologischen Verständnis von Governance als „Netzwerk“ analysiert. Die Erkenntnisse der Forschung zeigen, wie der normative Grundsatz, allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei Zugang und Teilhabe an Bildungserfolg zu ermöglichen, paradoxerweise mit einer Bildungspolitik einhergeht, welche die traditionelle Semantik der „Besonderung“ fort schreibt: Die Anerkennung von Differenz via Identifizierung „besonderer Bedürfnisse“ resp. deren individuelle Zuschreibung führt letztendlich dazu, dass potentiell stigmatisierende Differenzierungspraktiken nicht vermieden, sondern sogar akzentuiert werden. Die empirische Analyse kommt zum Schluss, dass sich die ressourcentechnisch initiierte und teilweise technokratisch umgesetzte Reform in verstärkten Grenzziehungen niederschlägt, welche sich ebenso auf der Ebene der Schülerinnen und Schüler – etwa mittels der Bezeichnung sogenannt „Integrierter“ – wie auch auf jener der Lehrpersonen manifestiert. Mittels eines ethnographischen Zugangs zur schulischen Integrationspolitik trägt die Studie zur Inklusionsforschung einerseits, aber auch zur Anthropologie der Governance im Bildungsbereich bei.</p>
<b>Schlagworte</b>	Integration, Differenzierungspraktiken, Volksschule, Inklusive Bildung, Ethnographie, Anthropologie, Governance, Schul-Praxis
<b>Laufzeit</b>	01.07.2014 bis 31.05.2017